

## Handelsblatt

---

[Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 07.06.2022

Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber  
Gastkommentar

### **Embargo zwecklos: Die russische Rüstungsindustrie ist weitestgehend autark**

**Ein Einfuhrstopp von russischem Öl und Gas ist nicht notwendig. Viel stärker würde Russland ein diplomatischer Vorstoß in Richtung der Opec-Mitglieder treffen.**

Die persönliche Öl- und Gasembargo-Bilanz in unserer Familie ist bisher äußerst überschaubar. Es gelingt mir beispielsweise nicht, das Elterntaxi abzuschaffen. Meinem Argument, München sei nun wirklich nicht die Bronx und man könne prima auch nachts Rad und Bus nehmen - "wir hätten das früher ja auch so gemacht" - wird regelmäßig ein "Du weißt als Mann doch gar nichts!" entgegengeschleudert.

Um die Motivation zu erhöhen und mögliche Einsparerfolge plastischer zu machen, habe ich deshalb angefangen, unseren Benzin- und Gasverbrauch in Patronen für Putins Armee umzurechnen. Wobei das ein Selbstbetrug ist, dem wir alle erliegen. Viel von unserer "Sanktioniererei" folgt einem moralischen Impuls, dem auch ich unterliege.

Als Ökonom und Spieltheoretiker stelle ich mir bei einer objektiven Betrachtung die Frage, welche Kettenreaktionen unsere Maßnahmen auf Märkten auslösen und - aus Sicht der Spieltheorie besonders interessant - wie Putin auf verschiedene Maßnahmen reagieren würde. Nur so können wir bewerten, welche Sanktionen letztendlich die gewünschte Wirkung entfalten und welche hingegen sogar kontraproduktiv sind.

Die russische Rüstungsindustrie ist weitestgehend autark. Einzig bei Komponenten aus dem Bereich der Hochtechnologie gibt es ein Engpass. Diese Bauteile wie zum Beispiel Computerchips werden aber größtenteils nur für modernere Waffensysteme benötigt.

Konventionellere Systeme erfordern hauptsächlich Rohstoffe, Energie, Arbeitskräfte und Rüstungsfabriken - und diese gibt es in ausreichendem Maße in Russland. Damit haben unsere Energieimporte kurzfristig keinen direkten Finanzierungseffekt auf die russische Kriegsmaschinerie. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass wir einen Einfuhrstopp von Öl und Gas gar nicht bräuchten.

Russland exportiert in Summe gerade minimal weniger Öl, Gas und Kohle als vor dem Krieg, hat aber deutlich höhere Exportüberschüsse. Das liegt am funktionierenden Teil der Sanktionen, nämlich den Exportverboten nach Russland, denen europäische und amerikanische Firmen unterliegen. Gepaart mit der Isolation der russischen Banken hat das zu einer Halbierung der russischen Importe geführt.

Bildlich gesprochen stapeln sich in den Kellern der russischen Banken Euro- und Dollarnoten aus dem Verkauf von Öl und Gas, ohne dass Russland mit den Devisen etwas anfangen könnte. Ein Land, das gerade eine Armee im Einsatz zu versorgen hat, liefert gleichzeitig realwirtschaftlich mehr an das Ausland, als es zurückbekommt. Gelänge es uns, diesen Zustand beizubehalten, würde das die russische Wirtschaft auf Dauer strangulieren und Putin wie gewünscht an den Verhandlungstisch zwingen.

Die Deviseneinnahmen Russlands sprudeln aber auch, weil es im Moment zwar weniger, dafür aber zu deutlich höheren Preisen exportiert. Ökonomisch gesprochen überkompensiert der Preiseffekt den Mengeneffekt. Der Mengeneffekt hat damit zu tun, dass die Sanktionen die Nachfrage des Westens nach fossilen Energieträgern nicht nennenswert verringert, sondern nur verlagert hat. Es gibt einen Run auf Öl und Gas, das aus nicht-russischen Quellen stammt. Diese Überhangnachfrage nach Energieträgern aus anderen Ländern führt zu steigenden Preisen auf dem Weltmarkt, in deren Sog auch russische Energieexporte teurer werden - obwohl diese selbst weniger nachgefragt sind.

Der Westen hat die Rolle des Koordinators einer funktionierenden Opec übernommen

Es ist normalerweise das Ziel von Kartellen wie der Opec (inklusive ihrer Kooperationspartner, zu denen auch Russland gehört), das Angebot künstlich zu verknappen, um höhere Preise zu erzielen. Das ist nicht so einfach zu orchestrieren, weil einzelne Kartellmitglieder immer wieder zum eigenen Vorteil ausscheren und mehr produzieren, als mit den Kartellmitgliedern vereinbart, was wiederum dem Ziel der höheren Preise entgegenwirkt.

Völlig ungewollt hat der Westen mit seinen Sanktionen nun die Rolle des Koordinators einer funktionierenden Opec übernommen. Der Westen verringert Schritt für Schritt die Nachfrage nach Mengen aus Russland und verlagert sie gleichzeitig auf nicht-russische Quellen. Die Preise steigen und es ist kein Wunder, dass sich das dominierende Opec-Mitglied Saudi-Arabien nicht bekümmert lässt, die eigenen Fördermengen zu erhöhen.

>> Lesen Sie hier auch: Opec plus vollzieht Kehrtwende und will jetzt mehr Öl fördern - Ölpreis fällt

Dennoch ist das Denken in der Kartelllogik der richtige Ansatz. Kartelle "bestrafen" typischerweise Mitglieder, die von getroffenen Vereinbarungen abweichen. Nur durch diese drohende Konsequenz können Kartelle versuchen, sich stabil zu halten. Für den Westen gilt der Umkehrschluss: Er muss Abweichler in der Opec, die Fördermengen nachhaltig erhöhen, belohnen.

Die Formel für dauerhaft erfolgreiche Energiesanktionen gegen Russland ist deshalb im Prinzip sehr einfach. Unsere Nachfragereduktion im Westen plus die Fördermengenerhöhungen aus nicht-russischen Quellen müssen zusammen signifikant höher sein als die Mengenreduktionen aus Russland. Die Einhaltung dieser "Formel" ist wesentlich wichtiger als eine möglichst schnelle Umsetzung der Sanktionen.

Mehrproduktion einiger Opec-Mitglieder ist notwendig

Natürlich wäre es auch schön, wenn wir unsere Nachfrage durch aktiven Verzicht und den Einsatz regenerativer Energien möglichst schnell reduzierten, aber das ist eine Binsenweisheit. Spannender ist die Frage, wie wir es schaffen, einige Opec-Mitglieder zu signifikanter Mehrproduktion zu animieren, um auf dem "Nicht-Russland Markt" zu einem Überangebot zu kommen. Nur dann spürt Russland wirklich den Mengen- und den Preiseffekt.

>> Lesen Sie hier auch: Warum das Ölembargo der EU gegen Russland ins Leere laufen könnte

Um das zu erreichen, kann man einigen wenigen Anbietern einen höheren Preis, also den aktuellen Weltmarktpreis plus X anbieten. Das Delta müsste dabei in einem ersten Schritt vom Staat subventioniert werden. Dies könnte aber über höhere Steuern auf Öl und Gas wieder zurückgeholt werden, weil gleichzeitig alle Verbraucher von den sinkenden Preisen im dann entstehenden Überangebot profitieren würden.

Noch viel spannender wäre es aber, wenn der Westen eine Art Ausschreibung unter den öl- und gasproduzierenden Ländern organisieren würde. In 25 Jahren haben wir im Westen hoffentlich das Ende des fossilen Zeitalters erreicht. Öl- und Gasproduzenten bereitet dies schon jetzt größere Kopfschmerzen, auch wenn kurzfristig die Verhandlungsmacht noch ganz klar bei ihnen liegt.

Eine Veränderung des Zeithorizonts von den nächsten zwei bis drei Jahren auf einen Zeithorizont von 25 Jahren verändert die Dynamik in den Verhandlungen mit den Produzenten von Öl und Gas hingegen massiv. Die Frage, welchen Lieferanten wir bei zukünftig abnehmender Nachfrage als erstes nach Russland aus den Märkten ausphasen und wen als letztes, schafft einen unglaublichen Verhandlungshebel, den wir jetzt nutzen sollten.

Bundesminister Habeck macht übrigens derzeit Erfahrungen bei den Sanktionsbemühungen, die auch beim Klimaschutz unendlich wertvoll sein können. Nicht das vordergründige Handeln bestimmt den Erfolg unserer Maßnahmen, sondern die Sekundäreffekte auf den Märkten. Meistens müssen wir uns erst um die Hintertüren kümmern, um dann an der Vordertür erfolgreich zu sein.

Mehr: Russlands Revanche - Auf einen möglichen Gaslieferstopp ist Europa nicht vorbereitet

*Schreiber, Marcus*

<b>Quelle:</b>	<a href="https://www.handelsblatt.com">Handelsblatt.com</a> vom 07.06.2022
<b>Rubrik:</b>	Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber
<b>Dokumentnummer:</b>	HB_28390924

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON\\_HB\\_28390924](https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON_HB_28390924)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:  
[nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH